

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 217.

Dienstag, den 18. September 1906.

13. Jahrg.

Platz eine Beilage.

Wider die militaristische Kultur!

Die Kaisermanöver sind wieder einmal zu Ende. Der „Krieg im Frieden“, der die Kulturwidrigkeit des Militarismus im kleinen Maßstabe durch das Berstumpfen der Aender veranschaulicht, ist rascher zu Ende gegangen, als bei der heutigen Entwicklung der militärischen Technik im Ernstfalle Schlachten geschlagen werden können. Zweihunderttausend Deutsche, die bisher dem militärischen Zwange unterworfen waren, gelangen in wenigen Tagen zur Entlassung. Die Ergebnisse während ihrer Dienstzeit werden sicher nicht ohne Einwirkung auf ihr ferneres Leben bleiben. Zehntausende werden durch ihre im „vornehmsten Rod“ gesammelten Erfahrungen erst empfänglich gemacht worden sein für die „Umschulungsarbeiten“, vor denen man sie so oft und so eindringlich gewarnt hat. Freilich wird es unter den Entlassenen auch noch viele geben, die, so sehr sie auch unter dem Drill gelitten haben, am Tage ihrer Entlassung alles überstandene sich vergessen werden. Die ganze Romanik, mit der unser Militarismus sich zu umgeben versteht, hat ihre Sinne umnebelt und gegen die Unwürdigkeit des blinden Kadavergehorsams und vielfach menschenunwürdiger Behandlung unempfänglich gemacht. Man hat ja das zweifelhafte Tuch für den „vornehmsten Rod“ erklärt und alles aufgebodet, in der Mannschaften die Illusion zu erwecken, als sei er etwas ganz Besonderes. Die prunkenden, blinkenden Uniformen mit ihren schreienden Farben haben sich längst als Kriegsuntauglich erwiesen. Wenn man aber nicht daran denkt, an Stelle dieser Uniformen eine kriegsgemäße Schlichte, unauffällige Bekleidung treten zu lassen, so geschieht das mit allem Vorbedacht. Man nehme dem Militarismus seine bunten Uniformen und das klingende Spiel, mit dem die abgerackerten Mannschaften nach ihren Übungen durch die Straßen ziehen, kurz man beraube ihn des glänzenden Nimbus, und man wird selbst in den primitivsten Gehirnen nicht mehr die Illusion kultivieren können, daß der Soldatenrod der vornehmste Rod sei. Gerade die militaristische Romanik, die einseitige Gemüter noch immer zu blenden vermag, ist ein Hauptmittel, im Volke den Hurrapatriotismus zu konservieren.

Wir haben schon des öfteren nachgewiesen, daß die ganze Organisation des Deutschen Reiches förmlich auf den Militarismus zugeschnitten ist. Zulauf sieben Achtel aller wirklichen Ausgaben des Reiches werden im Interesse des Militarismus, des Marinismus und seines jüngsten Sprößlings, des Kolonialmilitarismus, gemacht. Nicht weniger als 1200 Millionen Mark werden jährlich für derartige militarische Zwecke verausgabt. Und diese kolossalen Ausgaben entbehren jeglichen kulturellen Wertes, sie sind lediglich des Kapitalismus wegen notwendig. Man behauptet ja, daß die Kriegsausgaben unentbehrlich seien und im letzten Grunde der Erhaltung des Friedens dienen. Bei einer vernünftigen Gesellschaftsorganisation, wie sie der Sozialismus erstrebt, wären diese militarischen Ausgaben aber vollständig überflüssig. Es läge nicht der mindeste Anlaß für die eine Nation vor, über die andere herzufallen. Wie der Sozialismus die Persönlichkeit eines einzelnen Menschen respektiert, so wird er auch die nationale Individualität respektiert. Ein sozialistisches Deutschland hätte keinerlei Grund, mit einem sozialistischen Frankreich oder Rußland Händel zu beginnen. Aber auch diejenigen Staaten, innerhalb deren verschiedene Nationalitäten beisammen wohnen, würden in ihrem inneren Leben nicht gefährdet sein, sondern eine Föderation gleichberechtigter Staatsgruppen bilden. Es ist lediglich der Kapitalismus und sein Egoismus, der in Waffen starrt, auf die brutale Gewalt pochende Militärstaat, der die Wesensart der fremden Nationalität mißachtet und zu unterdrücken sucht. So knebelt heute Preußen die polnischen Bevölkerungselemente seiner „Provinzen“. Freilich mit durchaus negativem Erfolge. Die getretenen und entrechteten Polen leisten umso erbitterteren Widerstand, so daß die ganze Polenpolitik Preußens zu dem kläglichsten Fiasko geführt hat. Die Polen haben nicht den Stolz von ihren Vorfahren geschüttelt, sondern der deutschen Kolonisation erfolgreich eine polnische Kolonisation entgegen gesetzt. Trotz aller Zwangsmassregeln, trotz der Vergewandung von Hunderten von Millionen für Anhebelungsarbeiten, ist die preussische Germanisierungspolitik jetzt vor die Alternative gestellt, entweder die Waffen zu strecken, oder aber durch eine Zwangsenteignung des polnischen Grundbesitzes das dreimal geheiligte Prinzip des kapitalistischen Eigentums selbst schändlich anzutasten!

Wie bei einer vernünftigen sozialen Gesellschaftsordnung für den Nationalitätenhader kein Raum bliebe, so würde auch die Kolonialpolitik keines Zankapfel für die Völker bilden. Gerade die kapitalistische Kolonialpolitik bildet aber heute die gefährlichste Reibungsfläche für den Völkerfrieden. Die Massen des Volkes wollen auch innerhalb unseres heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems von der Kolonialpolitik nichts wissen. Das regisliche Proletariat beispiels-

weise hat seinerzeit gegen den südwestafrikanischen Eroberungskrieg ebenso protestiert, wie jetzt wieder seine Vertreter die neuesten Grenel des Kafferkrieges verurteilt haben. Das Proletariat, das ja die Mehrheit in allen kapitalistisch entwickelten Ländern bildet, weiß, daß die Kolonien für das Gedeihen der Volkswirtschaft wertlos sind. Aber unsere herrschenden Klassen kümmern sich natürlich nicht um die Wünsche und Interessen der proletarischen Mehrheit des Volkes. Für die herrschenden Schichten der kapitalistischen Wirtschaft stellen die Kolonien wertvolle Ausbeutungsobjekte dar. Man hat es ja in Deutschland erlebt, welche Riesengewinne einzelne Firmen aus unserer Kolonialpolitik gezogen haben. Wird die Monopolwirtschaft befestigt, so fällt auch für eine Anzahl Konkurrenzfirmen ein entsprechender Vorteil ab. So erklärt sich die Ausübung der das Handelskapital repräsentierenden liberalen Parteien mit unserer Kolonialpolitik. Von der Aera Dernburg erwartet man eine Beilegung der Kolonialkorruption hauptsächlich in dem Sinne, daß künftig breiteren kapitalistischen Kreisen ein Anteil von der kolonialen Beute gesichert wird. Die Kolonialpolitik aber führt unfehlbar zu internationalen Rivalitäten und Eifersüchteleien, die durch keinerlei Friedensabteilungen und Journalisten Meerfahrten zerstreut werden können. Die Kolonialpolitik vergrößert so die eigentliche Kriegsfährde, sie zwingt die Kolonialmächte zu immer gewaltigeren militarischen Rüstungen. In Rüstungen nicht nur zu Lande, sondern namentlich auch zu einer immer userloheren Vermehrung der Seestreitkräfte. Wie leicht durch eine derartige Kolonial- und Weltpolitik unabsehbare Kriegsabenteuer heraufbeschworen werden können, beweist ja mit abschreckender Deutlichkeit der Marokko-Händel.

Eine Hauptaufgabe der proletarischen Aufklärungsarbeit ist es deshalb, auf die Kulturwidrigkeit und Un Sinnigkeit dieser militaristischen kapitalistischen Politik immer wieder hinzuweisen. Was ein führender Geist des damaligen Bürgertums, wie Gottfried Herber, seinerzeit empfahl, in dem Gemüte des Volkes den Abscheu gegen den Krieg zu erwecken, das ist jetzt Aufgabe des Klassenbewußten Proletariats geworden. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, in den Köpfen der minder Aufgeklärten das Bewußtsein für die Schmach unseres heutigen Systems zu erwecken. Es gilt, gerade den jugendlichen Elementen des Volkes klar zu machen, daß sie sich nicht durch den prunkenden Schein unseres Militarismus täuschen lassen dürfen. Es gilt, ihnen klar zu machen, daß sich auch der Mann im militarischen Rod in erster Linie als Staatsbürger zu fühlen hat. Es gilt, ihnen Verständnis dafür beizubringen, daß unter Militarismus nicht nur das schlimmste Gemeinbild des kulturellen Fortschritts der Menschheit im Allgemeinen darstellt, sondern daß durch ihn auch die kulturelle und freiheitliche Entwicklung der eigenen Nation bedroht wird. Man weiß ja, daß die Träger des vornehmsten Rodes nicht nur gegen den äußeren Feind verwendet werden sollen, sondern eventuell auch gegen den inneren Feind, d. h. gegen die Vertreter des menschlichen Fortschrittsgebanten, der sich im Sozialismus verkörpert. Daß im Januar d. J. große Teile unseres Heeres mobilisiert worden waren, um eine vermeintlich geplante Straßendemonstration des wahlrechtgebenden Proletariats womöglich im Blute zu erstickten, sollte den vom Militärdienst Entlassenen in aller Eindringlichkeit vor Augen geführt werden.

Der Militarismus ist der schlimmste Feind der Kultur-entwicklung. Er verkörpert das stärkste Bollwerk der herrschenden Klassen gegenüber dem Drängen der bessere politische und soziale Zustände erstrebenden Massen des Volkes. Die Bajonette des stehenden Heeres sollen die Privilegien der politischen und wirtschaftlichen Machthaber stützen! Aber der Militarismus verhindert auch schon dadurch ein kulturelles Fortschreiten, daß die ungeheuren finanziellen Lasten, die er erfordert, dem Dienste des kulturellen Fortschritts entzogen werden. Der Militarismus hat dem Deutschen Reich — und wie in Deutschland, so sieht es mehr oder minder in allen kapitalistischen Ländern — derartige Lasten aufgebürdet, daß die bisherigen Steuerleistungen zu seiner Befriedigung nicht mehr ausreichen. Alle die neuen Steuern, die die letzte Reichstagsession uns beschert hat, sind im letzten Ende zurückzuführen auf die abenteuerlich wachsenden Ansprüche des Militarismus. Aber diese neuen Steuerleistungen reichen nicht einmal aus, um den Appetit des kolossalen Militarismus auf die Dauer zu befriedigen. Schon trägt man sich mit neuen Steuerprojekten. Man plant eine Wehrsteuer, durch die die minder kräftigen, militärdienstuntauglichen Staatsbürger zu den militarischen Lasten herangezogen werden sollen, man denkt an neue Konsumsteuern, durch die die Lebenshaltung des Proletariats abermals vergrößert werden soll. Der Militarismus stellt „rartige Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der nicht-gehörigen Klassen, daß er schließlich sich selbst schädigt. Man klagt in reaktionären Kreisen über den wachsenden Prozentsatz der Militärdienstuntauglichen, und weiß bei der Steuerlast der bestehenden Klassen doch keinen anderen Ausweg, als den bestehenden Klassen immer neue indirekte Steuerlasten aufzubürden, durch die die Konsumfähigkeit dieser Klassen, d. h.

also die Volksgesundheit, immer mehr gefährdet wird!

Der Kampf gegen den Militarismus steht im innigsten Zusammenhang mit dem Kampf um die politischen Rechte des Volkes. Die bürgerlichen Parteien söhnen sich, je mehr sich der Klassenkampf zuspitzt, immer mehr mit dem Militarismus aus. Der Mangel gleicher politischer Rechte selbst im Deutschen Reich erschwert obendrein den Kampf gegen den Militarismus. Als im Jahre 1893 die Militärvorlage vom Reichstage angenommen wurde, geschah das gegen den Willen der Majorität der deutschen Wähler. Die Mehrheitsparteien hatten nur 3225 000 Wähler hinter sich, während die parlamentarische Minorität nicht weniger als 4233 000 Stimmen vertrat. Trotzdem also mehr als eine Million Wählerstimmen mehr sich gegen die Militärvorlage ausgesprochen hatte, gelangte die Militärvorlage zur Annahme! Bei der Anhäufung proletarischer Wähler in den Industriezentren und Großstädten vermag also auch im Reichstage je länger desto mehr die Minorität die Majorität zu terrorisieren!

Beschäftigt der Militarismus schon im Frieden enorme Summen, so sind die Opfer, die die Völker in Kriegszeiten aufzubringen haben, noch ungeheurer. Die Kriege von 1852 bis 1878, also während eines Zeitraumes von 25 Jahren, der Krimkrieg, der französisch-französisch-preussische Krieg 1859, der preussisch-österreichische Krieg 1866, der deutsch-französische Krieg 1870/71 und schließlich der russisch-türkische Krieg 1877/78 erforderten zusammen nicht weniger als 30 534 Millionen Frank (1 Frank gleich 80 Pf.) Auch die Kriege der letzten Jahre, der Burenkrieg, der russisch-japanische Krieg, ja selbst unsere Kolonialkriege haben zahllose Milliarden verschlungen. Und den Nationen können jezeit ähnliche, ja noch größere Opfer auferlegt werden, wenn sich nicht endlich die proletarische Mehrheit der Nationen energisch zum Kampfe gegen Militarismus und Kapitalismus aufrafft!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie Kolonialpolitik getrieben wird. Bekanntlich war über den Geheimrat Rose die Behauptung aufgestellt worden, daß er in seiner Eigenschaft als Kommissar für Neuguinea einen Weißen habe prügeln lassen. Das trifft zu. Wie die „Hbg. Nachr.“ berichten, hat dieser famosere Kolonialpolitiker einen russischen Mechaniker durch einen Schwarzen nach allen Regeln der Kunst wie einen Schulkaaden züchtigen lassen. Und das deutsche Kolonialamt, das hiervon Kenntnis erhielt, hat nicht etwa die Prügelei an sich verurteilt, sondern nur gerügt, daß der Russe durch einen Schwarzen verhandelt worden sei. Wir fragen: Kann es etwa als kambalöseres geben als das Verhalten des Kolonialamts gegenüber der bestialischen Handlungsweise des deutschen Kommissars für Neuguinea?

Die Ausbeutung des Volkes infolge der hohen Fleischpreise nimmt jetzt allenthalben einen enormen Umfang an, trotz der Erklärung der Agrarier, daß von einer Fleischnot nicht die Rede sein könne. So schreibt die „Freis. Blg.“ zutreffend: „Die Zeit der Teuerung ist keineswegs vorüber; sie steht vielmehr wieder über uns in voller Blüte. Nicht die Teuerung, sondern der — überhaupt nur recht geringfügige — Preisrückgang hat sich als eine vorübergehende Erscheinung herausgestellt. Die Fleischpreise sind wieder gestiegen, haben den Stand der vorjährigen Teuerung erreicht, ja sogar noch überschritten. Will sich Herr v. Bobbelst noch rasch vor seinem „Verdastem“ eine neue Prophezeiung leisten, wann die neue Teuerungzeit ein Ende haben wird? Freilich würde sich niemand mehr finden, der seinen Prophezeiungen glaubte. Und selbst wenn sich die Agrarier einen anderen Prophezen beschaffen, der das Del seiner trostspendenden Verheißungen auf die aufschäumenden Wogen göffe — es wäre vergebene Mühe. Kein Wunder, daß es sich im Publikum, daß es sich in den interessierten Kreisen, im Fleischergewerbe zu regen beginnt; daß man neuerdings von der Regierung verlangt, sie solle geeignete Vorkehrungen treffen, um auf eine Vermehrung des Angebots von Schlachtvieh und eine Herabsetzung der Fleischpreise hinzuwirken.“ — Und in der gewiß auch in agrarischem Sinne einwandfreien Rheinisch-Westf. Blg. lesen wir: „In der Tat hat die Preisbewegung die ernstesten Befürchtungen übertrifft. Das Fleisch ist nicht nur nicht billiger als im vorigen Jahre, sondern teurer. In den niederrheinischen Märkten ist die Zufuhr des Viehs ja etwas reger als im vorigen Jahre, aber andererseits ist gerade im letzten Jahre infolge der überaus günstigen Lage der Industrie die Bevölkerungszunahme besonders stark gewesen, ebenso ist bei dem günstigen Lebensverhältnissen die Nachfrage ziemlich stark.“ — Angesichts dieser Tatsache muß leitens der nicht agrarisch verfaßten Volksschichten immer energischer der Ruf an die Regierung erschallen: Öffnet die Kreuzen!

Das war vorauszu sehen. Nachdem der Zentrumsbenjamin Erzberger seine Kolonialenthaltungen in die

Welt gesetzt hat, sollte man eigentlich annehmen, daß er nunmehr auch die einzig richtigen Konsequenzen aus denselben ziehen und die ganze Kolonialpolitik dahin wänschen würde, wo der Pfeffer wächst. Doch weit gefehlt! In der „Köln. Volksztg.“ steht schwarz auf weiß zu lesen, daß Herr Ezberger nach wie vor ein Anhänger der Kolonialpolitik sei und daß in dieser Frage keine ernsthaften Meinungsabstufungen zwischen ihm und seinen Fraktionskollegen beständen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Herr Ezberger hier zu Maß und Bräunen der „Regierungsparteien“ einen Bursch dieher gemacht hat. Erklärte er doch nach der „Tägl. Rundschau“ einem Interviewer gegenüber, daß Deutschland am besten täte, seine Kolonien überhaupt aufzugeben. Angesichts dieser Sachlage kann man Herrn Ezbergers „Entwühlungen“ nicht mehr ernst nehmen; er ist und bleibt ein Demagog!

Den Kolonialskandalen folgen nunmehr Kolonialprozesse. Belasentlich hatte die Berliner „Zeit am Montag“ schwere Angriffe gegen den Nachfolger Puttlamers, Dr. Selz, erhoben; Angriffe, die darin gipfelten, daß Dr. Selz nicht eingewilligt sei, als der Stationschef von Buea, Deutschener, nützlicher Ursachen wegen schwarze Polizeisoldaten einfach niederzuschießen ließ. Jetzt kündigt Dr. Selz, wie schon kurz berichtet, die Klageerhebung gegen das oben genannte Blatt an. — Im Uebrigem hat Dr. Selz in einer Zuschrift an ein Berliner Blatt die hier in Frage stehenden Vorgänge wie folgt geschildert: „Es ist richtig, daß Herr Deutschener früher Maler gewesen ist. Er kam mit Dr. Henrich und Radow nach Togo und gründete dort eine Tabakplantage, die sich aber nicht rentierte. Er wurde dann als Begehrter engagiert und kam später unter dem Gouverneur v. Puttlamer nach Kamerun, wo er Stationschef in Buea wurde. Er hat das dortige Stationsgebäude ganz gut gebaut und bewährte sich auch durchaus als Stationsleiter. Wenn man ihn mit der sogenannten Cousine Puttlamers irgendwie in Verbindung bringt, so ist dies nichts weiter als Klatsch. Was die Meuterei der Polizeisoldaten, die 1899 stattfand, und die von mir geführte Untersuchung anbetrifft, so ist festgestellt worden, daß die Polizeisoldaten, zur Hälfte aus Wehungen und zur Hälfte aus Sierra Leone-Deuten bestehend, die Kasse veraubten wollten, und daß es sich um eine geplante Meuterei handelte. Es ist gleichfalls erwiesen, daß die Europäer sich nicht mehr anders helfen konnten, als daß sie auf die Leute feuerten. Es haben sich übrigens Missionare hierbei beteiligt. Dementsprechend konnte nur anerkannt werden, daß Deutschener, der ein guter Stationschef war, durchaus richtig gehandelt hatte. Aus welchen Gründen soll gegen einen Beamten eingeschritten werden, der noch zur rechten Zeit die Gefahr, die der ihm anvertrauten Station mit der Kasse drohte, erkannte? Man muß mit seinem Verhalten nur einverstanden sein. Daß mehrere Wehungen Gefängnisstrafen erleiden, ist richtig, denn sie hatten sie in Folge ihres Verhaltens doch recht verdient. Ueber den Vorfall ist keineswegs Stillschweigen beobachtet worden, wie behauptet wird. Es ist hierüber und über die Untersuchung eingehend telegraphisch berichtet worden.“ — Diese „Rechtfertigung“ scheint uns doch auf ziemlich schwachen Füßen zu stehen. Wer hat „festgestellt“, daß die Schwarzen einen Angriff auf die Kasse planten? Durch wen ist weiter „erwiesen“ worden, daß die Europäer sich nicht mehr anders helfen konnten, als daß sie auf die Leute feuerten? Hoffentlich beantwortet Herr Dr. Selz diese Fragen!

Geschäftliche Gevatterchaft. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet die Annahme als einen starken Irrtum, daß Herr v. Müller bei der Uebernahme des Handelsministeriums keine Beziehungen zur Industrie vollkommen geknüpft habe. Herr v. Müller habe vielmehr gar nicht daran gedacht, sein Vermögen aus den beiden Industrien, in denen er tätig war, zurückzuziehen, er hatte vielmehr seine Anteile auf seine Frau bezogen. Seine Familie übertrug an und Abmachungen getroffen, um seinem ältesten Sohne den Eintritt in die industriellen Verwaltungsklassen, die er selbst bisher inne gehabt hatte, zu sichern. Der damalige Herr Müller, der nachmalige Herr v. Müller hatte also genau ebenso gehandelt, wie Herr v. Podbielski. Diese niedliche Enthüllung ist der liberalen Presse sehr unangenehm. Sie sucht sich damit aus der Affäre zu ziehen, daß sie betont, der Fall Müller liege insofern anders als der Fall Bods, als die Möllerschen Unternehmungen nicht wie die Kolonial-, Monopol-, Gesellschaft Tuppelstich u. Co. durch Versicherungsverträge mit dem Staate verbunden seien. Das ist zwar richtig, ändert aber doch nicht viel an der Sache. Gerade für einen Handelsminister ist die Beteiligung an industriellen Unternehmungen eine böse Geschäftigkeit, die seine amtlichen Handlungen in verschiedener Weise zu beeinflussen imstande ist. Da man aber bisher allgemein annahm, daß Herr Müller bei der Uebernahme des Handelsministeriums jenseitig Keilheitsgefühl gehabt, seine Beziehungen zu industriellen Unternehmungen vollständig zu lösen, so ist die Mitteilung der „Deutschen Tageszeitung“ allerdings eine sehr interessante Enthüllung. Im Ubrigen aber bestätigt die Enthüllung der „Deutschen Tageszeitung“ nur, daß, wie die „Neue Zeit“ kürzlich ausführte, das, was die bürgerliche Presse als Regel, als geheiligte Tradition des preussischen Staates hinstellte, mindestens seit Anbruch der kapitalistischen Gesellschaft längst Ausnahme geworden ist. Die „Neue Zeit“ schreibt: „Die Gefahr, die plötzlich durch Herrn v. Podbielskis Schuld drohend aufgetaucht sein soll, wurde schon vor 20 Jahren von Engels mit den Worten signalisiert: „Die geschäftliche Gevatterchaft, die jetzt zwischen dem agrarischen und militärischen Adel — bis in die kaiserliche Adjutantur hinein — und dem Arbeiterjobbern besteht, kann der Verpflegung der Armee im Felde leicht verhängnisvoll werden.“ Freilich macht man von dieser „geschäftlichen Gevatterchaft“ öffentlich kein großes Aufheben, und wenn „Noturteile“, wie die Herren Feilerthal und Müller, ausnahmsweise einmal dazu gelangen, preussische Minister zu werden, so müssen sie ihre geschäftlichen Beziehungen aufgeben, um des besseren Augenverblendens wegen. Aber was so das rechte Bollwerk für preussische Ministerposten ist, das legt sich auch keine besondere Gene in dieser „geschäftlichen Gevatterchaft“ auf, und selbst der große Bismarck ließ durch seinen kleinen Busch aller Welt verkünden, daß er durch seine Papiermühle in Barzin das Papier für die Depeschenformulare der Telegraphenverwaltung liefere, wobei ein jährlicher Geschäftsumsatz

in Coblenz als Zwischenstation eingeschoben wurde, wie ja auch in den Geschäftsbeziehungen zwischen Herrn v. Podbielski und der Firma Tuppelstich eine solche Zwischenstation besteht, wenn sie auch kein Sube und nicht einmal ein Mann ist.“ — Heute hat die kapitalistische Aera bereits einen solchen Höhepunkt erreicht, daß es nicht einmal die „Noturteile“ für nötig halten, ihre geschäftlichen Beziehungen aufzugeben, wenn sie für einen Ministerposten anzutreten werden.

„Nette“ Zustände herrschen, wie die letzte Zeit gelebt hat, im Kolonialamt. Wir wollen heute die „schönen“ Bilder um ein weiteres vermehren. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt: „Die an die Kolonialabteilung gerichteten Eingaben gelangen nicht, wie man annehmen sollte, an den Chef dieser Behörde. Sie werden vielmehr von dem Vorsteher der geheimen Registratur geöffnet und dann nach erfolgter Journalführung dem zuständigen Referenten unterbreitet. Dieser bearbeitet dann die Sache und läßt sie meist auch anderen Referenten zur Mitwirkung vorlegen. Der Kolonialdirektor erhält die Bescheide und Entscheidungen dann meist in Reinschrift zur unterschriftlichen Vollziehung vorgelegt, aber nicht etwa in allen Fällen, sondern wenn es dem zuständigen Referenten gefällt und der Eindruck hervorgerufen werden soll, als habe der Direktor selbst sich persönlich mit der Sache befaßt. Der Kolonialdirektor unterzeichnet also die meisten Schriftstücke nicht etwa nach Rücksprache mit seinen Räten, wie es bei allen anderen Behörden üblich ist, läßt sie sich auch gar nicht erst im Konzept vorlegen, damit er den ergehenden Entscheidungen den Stempel seiner Individualität aufdrücken kann, sondern er zeichnet gleich die Reinschriften. So war es unter von Richthofen, von Buchta, Dr. Stübel und Lehpring Hohenlohe. Alle diese Chefs der Kolonialabteilung waren auch in Folge ihrer Unerfahrenheit gar nicht in der Lage, selbständige Entscheidungen usw. auszuarbeiten. Um so mehr hätten sie die Gelegenheit ergreifen müssen, sich um die Geschäfte selbst zu kümmern und sich nicht so den Gehilfen in die Hand geben zu lassen. Die meisten Eingaben erhält der Kolonialdirektor überhaupt nicht vorgelegt. Durch die Geschäftsordnung ist bestimmt, daß die Referenten die volle Befugnis haben, selbständig zu entscheiden — sie sind also nicht eigentlich Referenten, sondern Dezerenten — und diese Entscheide in die Welt gehen zu lassen. So kommt es denn, daß unter der Firma „Auswärtiges Amt, Kolonialabteilung im Auftrage“, Schriftstücke an das Publikum gelangen, von denen der Chef der Behörde keine Abnung hat. Alle Herren zeichnen: „Auswärtiges Amt, Kolonialabteilung im Auftrage“, obgleich der Kolonialdirektor die Eingaben des Publikums und der Beamten usw. nicht zu Gesicht bekommen hat. Die Dezerenten schreiben erledigte Sachen auch ganz selbständig zu dem Akten, ein Verfahren, durch das der Willkür Tür und Tor geöffnet ist. Sogar ein Intendanturrat und ein Intendanturassessor, zwei Beamte, welche noch nicht einmal zur vierten Rangklasse der höheren Beamten gehören, zeichnen im Auftrage einer obersten Reichsbehörde. Bei keiner anderen Reichsbehörde wird ein derartiges Verfahren gebildet.“ — Solche Wirtschaft muß notwendigerweise über kurz oder lang zu Skandalen führen.

Der Zweck heiligt die Mittel. Anlässlich des 80-jährigen Geburtstages des badiischen Großherzogs richtete der Vorsitzende des Zentrumsvereins in Heidelberg im Namen einer Versammlung eine sogenannte Guldigungsdepesche, in der es wörtlich heißt:

„Wir wagen an dem denkwürdigen Familienfest die Schranken zu durchbrechen und unmittelbar die Bitte vorzutragen, es möge als fürstliches Jubiläumsgeschenk dem katholischen Volke sein lange versagter innigster Herzenswunsch erfüllt werden. Gewiß wird nur reicher Segen für Fürst und Vaterland daraus erblühen. Möge unsere gütige Landesmutter die Bitte gnädigst unterstützen.“

Und worin besteht der „lange versagte innigste Herzenswunsch“? In der Einführung von — man höre und staune — Männerorden! Den Heidelberger Zentrumsleuten scheint die Höhe der letzten Wochen zu Kopf geblieben zu sein.

Das Fiasko der Polenemanzipation. Je strammer die preussische Regierung gegen die „Ranichen“ in den Ostmarken zu Felde zieht, um so deutlicher tritt das lägliche Fiasko aller Anstrengungen und aller Zwangsmaßnahmen in den Vordergrund. Hier zeigt sich aufs neue die Erfahrung bestätigt, daß Druck Gegenbruch erzeugt, und bis jetzt ist der von den Polen organisierte Gegenbruch immer noch wirksamer als der Druck gewesen, der von der preussischen Polizei, von den preussischen Behörden, vom deutschen Ostmarkenverein und ähnlichen Palastkriterien auf die Polen ausgeübt wurde. In gar bewegliche Worte liebt der Bürgermeister Tremlies von Hohenalka, dem früheren Jnowrazlaw, die „Erfolge“ der deutschen Ostmarkenpolitik, als der Oberpräsident v. Waldow die Stadt besuchte. Er führte aus:

„Leider muß gesagt werden, daß die wirtschaftliche Lage unserer Bürgerschaft im allgemeinen noch immer keine zufriedenstellende ist. Kranken wir einerseits schon länger als fünf Jahre an den Folgen des Konjunktur der ehemaligen kaiserlichen Maschinenfabrik, haben wir die damals verlorenen 3000 Einwohner noch nicht wieder gewonnen, so ist andererseits auch die von uns kräftig unterstützte Ostmarkenpolitik der Staatsregierung nicht ohne nachteilige Folgen für das wirtschaftliche Leben der deutschen Geschäftswelt geblieben. Die stärkere Betonung des Nationalitätensgefühls, das Bestreben, die Stadt und die Stadtvertretung zu vereinigen, hat uns den Boykott der Polen eingetragen, ohne daß die Deutschen sich durchweg zu einer wirksameren Unterstützung ihrer Volksgenossen aufgerafft hätten. Erwiden diese Umstände das Gefühl der Verbitterung, so kommt dazu noch die Enttäuschung darüber, daß alle Hoffnungen, welche die Bürger in den letzten Jahren auf die Hilfe der Staatsregierung gesetzt, sich ganz und gar nicht erfüllt haben. Wir haben versucht, uns selbst zu helfen. Wir haben die Einrichtungen der Stadt nach unseren Kräften auf eine moderne Höhe gebracht. In richtigem Erkenntnis der Notwendigkeit einer gesunden bürgerlichen Bodenpolitik haben wir für mehr als eine Viertelmillion Mark Land gekauft, welches, wie wir hofften, teils zur Erbauung eines zweiten Artillerie Kasernements, teils zur Ergänzungs des königlichen Sarkas, teils zur Erweiterung

der städtischen Wohnanlagen, teils für heute noch nicht vorausgehende Zwecke Verwendung finden soll. Unsere Tätigkeit aber blüht die Stadt Hohenalka auch an dieser Stelle durch meinen Mund, nicht allein hierbei vorzuzumendenfalls wohlwollend und tatkräftig zu unterstützen, sondern auch fortgesetzt bemüht sein zu wollen, daß an derartigen welche staatliche Maßnahmen getroffen werden zur Hebung der Stadt in der ihres Deutschums. Unseres wärmsten und herzlichsten Dankes können Eure Excellenz sich dafür sicher halten.“

Der Oberpräsident dankte für den Willkommengruß. Man dürfte versichert sein, daß er das eifrigste Bemühen gehabt habe, die Hilfe der Staatsregierung zu gewinnen. Dieser sei das aber nicht gelungen. Er gebe aber die Hoffnung nicht auf, daß sie der nolebenden Stadt in Zukunft ihr Wohlwollen betätige. Was an ihm liege, so werde er die Wünsche der Stadt kräftig unterstützen. — Beide, Bürgermeister und Oberpräsident, haben sich wohlwollend gebildet, die wahren Ursachen solcher Misse zu berühren. An staatliche Maßnahmen zur Hebung der Stadt und ihres Deutschums hat es doch wahrhaftig nicht gefehlt. Der Herr Bürgermeister hätte sich eher über ein Subiel auf dem Gebiete der „Hebung des Deutschums“ beklagen können. Aber davon abgesehen, ist es hochinteressant, daß ein Bürgermeister dem Herrn Oberpräsidenten mit dürren Worten erklärt, daß die gesamte Ostmarkenpolitik der preussischen Regierung verfehlt ist. Sie erwirkt keine Landdrängung des Polentums, sondern nur die wirtschaftliche Schädigung derer, zu deren Gunsten der ganze umfangreiche Apparat der offiziellen Polenbelämpfung in Bewegung gesetzt wird. Zu solchen „Erfolgen“ kann man dem „Ranichenjäger“ Bülow nur gratulieren.

Rußland.

General Trepow, einer der ärgsten Bluthunde Rußlands, ist Sonnabend abend — angeblich an einem Schlaganfall plötzlich verstorben. Hoffentlich bestätigt sich die Nachricht von dem Tode dieses Penters. Ob er wirklich einen Schlaganfall erlitten oder trotz aller Sicherheitsmaßregeln ein Opfer der Revolution geworden ist, kann heute noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Aber auch hierüber wird schon die Wahrheit ans Tageslicht kommen. — Vielleicht ist mit dem Tode Trepows eine Meldung in Zusammenhang zu bringen, nach der in Peterhof — wo auch Trepow wohnte — 17 Verhaftungen vorgenommen sind. Unter den Verhafteten befindet sich der frühere Dumaabgeordnete Pawlow sowie ein Hofkavalier und ein Student.

Senkerarbeit. Der Hauptschuldige bei der Meuterei der Riewer Sappeure, Leutnant Schanowski, wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Neuer Bündstoff. Der Partei der Volksfreiheit (Radettenpartei) und dem Verbands vom 30. Oktober wurde aus formellen Gründen die behördliche Genehmigung versagt.

Furcht steckt darin, aber keine Besserung. Aus Sebafopol wird mitgeteilt, daß aus Furcht vor großen militärischen Unruhen der Oberkommandant Skrybdow den Prozeß gegen die Aufständischen, der im November stattfindet, nach Detschafow verlegt hat. Unter den Matrosen soll die Gärung wieder groß sein. Am Tage des Prozesses erwartet man Unruhen.

Sozialdemokratische Arbeiter über die Aufgaben des Momentes. Man schreibt der „Russ. Kor.“ aus Petersburg: Vor einigen Tagen fand hier eine große geheime Versammlung sozialdemokratischer Arbeiter statt. Nur Arbeiter wurden in diese Versammlung eingelassen. Die Majorität bestand aus Anhängern der schärferen Richtung. Auf der Tagesordnung befanden sich die Fragen über die bevorstehende Wahlkampagne, über einen eventuellen Arbeiterkongreß und über die Einberufung eines sozialdemokratischen Parteitages. In bezug auf die erste Frage kam die Versammlung zu dem Beschluß, daß die Sozialdemokraten ihre frühere Lösung (Konstituierende Versammlung u.) beibehalten müssen. Sollten aber die Wahlen zu Duma ausgeschrieben werden, dann darf die Arbeiterklasse sie nicht boykottieren, sondern sie muß energisch an ihnen teilnehmen und womöglich Sozialdemokraten durchzubringen suchen. — Gleichzeitig fand eine andere Versammlung statt, an der die sozialdemokratischen Arbeiter der „realistischen“ Richtung teilnahmen, und die dieselben Fragen diskutierten. Die Boykottfrage wurde auch hier in verneinendem Sinne entschieden. Der Unterschied zwischen beiden Resolutionen ist aber der, daß die realistische Richtung für die baldige Ausschreibung der Dumawahlen eintritt, während die „Linke“ der Sozialdemokratie gegen diese Lösung ist; sollten aber die Wahlen ausgeschrieben werden, dann werden sie sich an ihnen beteiligen. In bezug auf die anderen Fragen sind beide Versammlungen verschiedener Meinung. Die „Linke“ will die baldige Einberufung eines Parteitages, der die vorhandenen Differenzen schlichten soll; die „Rechte“ dagegen hält einen Parteitag für nicht zeitgemäß und befürwortet einen unparteiischen Arbeiterkongreß, der die breitesten Massen der Arbeiter zu organisieren imstande wäre.

„Vorübergehende Verblendung.“ In dem Kampfe, der das russische Reich bis ins Innerste erschütterte, in dem die russische Reaktion und die Revolution einander bis aufs Messer bekämpften, nimmt nun auch das Polentum das Wort. Was die „frommen“ Männer sagen, kann man nur mit dem heftigsten Kopfschütteln lesen. Aus Petersburg wird gemeldet: Der Metropolit von Petersburg, Antonius, hat im Auftrage des Synods einen Senbrieft an die Bischöfe erlassen. In diesem heißt es, wenn die vorübergehende Verblendung (!!) vergangen wäre, dann werde das aufgeregte Meer wieder ruhig (!) sein. Das russische Volk werden fragen, wo seine Fichten in der Zeit der Verwirrung gewesen seien. Zum Kampfe gegen die Feinde der Kirche und des Staates seien nicht nur äußere Maßnahmen erforderlich, sondern mehr noch die moralische christliche Einwirkung, und diese sei Aufgabe der Seelenhirten. Bei den bevorstehenden Wahlen würden viele Bürger sich an ihren Seelforger wenden und ihn um Rat bitten, wen sie wählen sollen. Die Geistlichen sollten sich aber nicht durch Worte, Versprechungen und politische Programme leiten lassen, sondern sich nur nach dem christlichen Geleß der Liebe und Wahrheit richten und die Sorge für das Wohl der Kirche und des Vaterlandes maßgebend sein lassen. Dann würden sie nicht

nur selbst sich nicht irren, sondern auch anderen den richtigen Weg weisen. — Man kann nach dem Anhören des Gesamtmeins nur zu dem Ergebnis gelangen, daß der Verfasser, ohne eine Spur von Verständnis dessen, was in Rußland vorgeht, mit einem Brett vor dem Kopfe durch die Weltgeschichte wackelt. Damit man den Geist der „ethischen Liebe und Wahrheit“, der dieser von Salzburg trübende Gedankesatz atmet, ganz erfasse, sei daran erinnert, daß unter den allerschlimmsten Pogromgeheizen viele Kopfen in erster Reihe stehen!

Blutdurst. Vom Genossen Dazhynski, Mitglied des österrussischen Parlaments, erhielt der „Vorw.“ folgenden Telegramm:

Pratau, 14. September. Aus Warschau erfahre ich aus glaubwürdiger Quelle, daß die russische Regierung Sonnabend, 15. September, oder einen der nächsten Tage einen Pogrom und Massenmord in den jüdischen und Arbeiterbezirken von Warschau vorbereitet. Aus fernem Provinzgebiet wurden einige Bataillone roßreifer Soldaten zusammengezogen. Warschau wurde in Kaviere geteilt unter dem Gewalt militärischer Kommandanten, mit vollständiger Ausschließung der Zivilbehörden. Das Detachement wurde dem durch furchtbare Grausamkeiten und Strafexpeditionen in Sibirien berücktesten General Mellor-Sakomski übergeben. Unter der Bevölkerung, die in letzter Zeit fortwährend blutig von Soldaten verfolgt wurde, herrscht furchtbare Panik.

Denkt man die vorst. und offenen Drohungen des jüngst erlassenen Regierungsverkommnisses, dergewöhnlich man sich die zum Himmel schreienden Missetaten von Sieblec, so darf man wohl schauernd glauben, daß Furchtbare im Werke ist — so Furchtbare, wie es das Telegramm Dazhynski andeutet.

Vereinigung der lettischen sozialdemokratischen Partei mit der russischen. Der Parteitag der lettischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat den Vertrag mit der russischen Sozialdemokratie angenommen, dessen Entwurf von dem Einigungsparlament der russischen Sozialdemokratie gutgeheißen worden war. Diesem Vertrage gemäß hat sich die lettische Sozialdemokratie mit der russischen vereinigt. In dem sie den Vertrag annahm, hat sie sich in die „Sozialdemokratie des lettischen Landes“ (autonome Territorialorganisation der russischen sozialdemokratischen Partei) vermindert. Nachstehend führen wir die Hauptbestimmungen des Vertrages kurz an: Die Sozialdemokratie des lettischen Gebietes umfaßt alle sozialdemokratischen Organisationen (jeder Nationalität) dieses Gebietes; eine Ausnahme bildet der Bund; das Verhältnis zum Bund wird in Uebereinstimmung mit der russischen Sozialdemokratie bestimmt. In den Grenzen des Programms und der Taktik der Gesamtpartei führt die Sozialdemokratie des lettischen Landes selbständig die Angelegenheiten ihrer Organisation. Sie hat eigene Parteitage und ein eigenes Parteizentrum; sie beteiligt sich an den Parteitagen der Gesamtpartei auf denselben Grundlagen wie die anderen Parteiorganisationen; sie hat im Zentralkomitee der Gesamtpartei eine Vertretung; sie wird auch in den Delegationen der Gesamtpartei auf den internationalen Kongressen vertreten; das Agrarprogramm, das auf dem Einigungsparlament der russischen Partei angenommen wurde, ist für die Sozialdemokratie des lettischen Landes nicht obligatorisch, sie kann vielmehr selbständig ihr Verhalten in der Agrarfrage für das lettische Land bestimmen. Gleichzeitig erklärten die Delegierten der lettischen Partei auf dem Einigungsparlament, daß die Veränderung der Bestimmungen des Vereinigungsvertrages der zwei Parteien nur mit Einwilligung des Parteitages der Sozialdemokratie des lettischen Landes möglich sein solle. Das Einigungswerk ist vollbracht. Künftig werden die Proletarier aller Nationalitäten, Letten, Esten, Russen, Deutsche, Juden (die nicht zum Bund gehören), in den Grenzen des lettischen Landes in der einen Territorialorganisation vereinigt sein. Was aber das Verhältnis zum Bund betrifft, so soll es in Uebereinstimmung mit dem Verhältnis der Gesamtpartei zu ihm geregelt werden.

Ruba.

Zum Aufstand. Ein scharfes Gefecht fand bei Alcano, 10 Meilen südwestlich von Havana statt. General Rodriguez ist noch einem hartnäckigen Kampfe mit den Regierungstruppen nach Havana zurückgekehrt. Es heißt, die Aufständischen seien bei Wajay 12 Meilen südlich von Havana, auseinander gesprengt. — Im Uebrigen sind die Amerikaner eifrig bemüht, ihre „Rechte zu wahren“. So sind verschiedene Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten in Ruba eingetroffen. Uncle Sam wartet anscheinend nur auf eine günstige Gelegenheit, um Ruba „über den Schnabel“ zu nehmen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 17. September

Achtung, Holzarbeiter. Nach Aufhebung des Streits sind die Kollegen ausgesperrt. Zutritt von Tischlern, Drechslern, Maschinenarbeitern und Sälsarbeitern ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Achtung, Flussschiffer! Ueber den Betrieb von H. H. H. ist die Sperre verhängt.

Au Fahrkartenzweier soll die Lübeck-Büchener Bahn im Monat August 15 000 Mk. erzielt haben. Da auf der Strecke Lübeck-Büchen keine vierte Klasse fährt, so sind leider auch die Arbeiter gezwungen, zu der Fahrkartenzweier, die von den Nationalliberalen erkunden wurde, ihr Scheitern beizutragen.

Die Sozialdemokratie ist den „Lübeckischen Anzeigen“ von jeher ein Dorn im Auge gewesen, und mit Recht, denn sie ist der gefährlichste Gegner der von national-liberaler Seite vertretenen Volksnechtungs-, Volkserreuchtungs- und Volksausbeutungspolitik. Der jeweilige (angeblich) „intelligente“ Leiter des Blattes hat deshalb seine vornehmste Aufgabe darin zu suchen, alles zusammenzutragen, was an Schmutz und Unwahrheiten gegen unsere Partei erzeugt wird, um seinen Lesern so ein Gruseln vor den „Unflätigkeiten“ beizubringen. Leider sind die Leser des Amtsblattes auf eine sehr geringe Zahl zusammengekrumpft — was allerdings dafür sprechen könnte, daß die Zahl der ganz Einfältigen im Abnehmen begriffen ist — jedoch nur ein kleiner Bruchteil der (angeblich) Gebildeten etwas von dem Wesen und Treiben der Sozialdemokratie, wie es sich in den Köpfen der Sozialisten-täter malt, erfährt. Zur Feier des Sonntags mußte

dießmal ein (angeblich) „freier Deutsch-Amerikaner“ mit dem unverdächtigen und seltenen Namen Schulz, wohnhaft in Chicago, herhalten, der einen ebenso tiefstänigen, wie durch Mangel jeglicher Kenntnis von dem Wesen der Sozialdemokratie ausgezeichneten Artikel verbrochen hat, und dessen Ausführungen die Amtsblattleser während der Kirchezeit anstelle einer Kirchenpredigt zu sich nehmen konnten. Es seien nachstehend einige Blüthen aus dem Geistesprodukt des Herrn Schulz — wie das Amtsblatt sie zitiert — wiedergegeben:

„Warum hat Amerika keine Sozialdemokratie, obwohl die amerikanische Arbeiterschaft in der Labor-Union“ (Arbeiter-Genossenschaft) eine sehr starke Kampforganisation besitzt? Die Antwort lautet: „Sehr einfach — die amerikanische Arbeiterschaft vertritt die wirklichen Forderungen eines Arbeiters; die deutsche Sozialdemokratie aber eine (angeblich) „intelligente“ radikale Partei, die es verstanden hat, die Interessen des deutschen Arbeiters in ihr Programm einzuflechten. Der amerikanische Arbeiter vertritt sich selbst, ist selbständig — der deutsche läßt sich von einer Schaar von (angeblich) „Intellektuellen“ vertreten, die die Sache des Arbeiters mit Dingen verquiden, die ihre, aber nicht der Arbeiter Herzenssache sind. Der deutsche Arbeiter in der Sozialdemokratie ist unfähig selbständig. Daher haßt auch der amerikanische Arbeiter“, nach Dr. Schulz' weiteren Ausführungen, „seinen Arbeitgeber und seine Kapitalisten nicht.“ Die entgegengesetzten Ansichten und Gefühle habe der deutsche Arbeiter auch nur von seinen „Instruktoren“, die damit die Lebensinteressen des Arbeiters schädigen. Deutschlands Fortschritte sind groß, aber wieviel größer könnten sie sein, hätten seine Arbeiter amerikanische Gesinnung“, d. h. auf gut deutsch, wären sie nicht im Banne der Sozialdemokratie, würden sie sich selbst vertreten und nur ihre wirklichen Forderungen geltend machen.“

So spricht ein freier Deutsch-Amerikaner. Hört es, deutsche Arbeiter! bemerkt dazu das Amtsblatt, obwohl es zu seinen Lesern keine Arbeiter zählt. Damit die deutschen Arbeiter diesen Unsinn hören und darüber lachen können, drucken wir ihn jedoch ab. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, Ausführungen wie die obigen, die sich frei halten von jeder Kenntnis der deutschen Verhältnisse und unserer Partei, zu kritisieren oder ausführlich zu widerlegen. Es genügt uns, festzustellen, daß der eigentliche Zweck derselben ausgebeutet ist, die Arbeiter aus dem (angeblich) Banne der Sozialdemokratie zu erlösen. Dieser Wunsch, ausgesprochen von arbeitsfeindlichen Reaktionen, dürfte allein genügen, um der Arbeiterschaft zum Bewußtsein zu bringen, daß sie die allein richtige Bahn wandelt, wenn sie zur Sozialdemokratie hält. Verdächtig ist nur das Lob der Gegner!

Zum Bierkrieg. Die Brauereien sind gegenwärtig krampfhaft bemüht, dem Publikum vorzurechnen, wie schlecht es ihnen geht, und wie sehr sie von der neuen Brausteuererhöhung getroffen werden. Natürlich wird es nur wenig Leute geben, die diese Lamentos ernst nehmen, denn es ist eine allbekannte Tatsache, daß das Brauereigewerbe immerhin noch zu den einträglichsten gehört. Was so eine arme Brauerei verdient, das geht beispielsweise aus folgenden Angaben hervor: Der Abschluß der Freiherrlich von Zucherschen Brauerei ergibt bei einer Steigerung des Bierverkaufs um 18.700 hl. (i. W. um 6.955 hl. auf 181.660 hl.) wobei der Absatz der übernommenen Henningschen Brauerei nicht inbegriffen ist, nach erhöhten Abschreibungen und zuzüglich des Gewinnportrages von 151.073 Mk. (im Vorj. 169.698 Mk.) einen Reingewinn von 749.690 Mk. (746.100 Mk.). Der Aufsichtsrat schlägt nach weiteren Rückstellungen wieder eine Dividende von 14 Proz. vor, wonach ein Vortrag von 182.742 Mark verbleibt. Die armen Brauer! Sie haben eine Erhöhung ihrer Dividende dringend nötig. Nur 14 Proz. und reiche Abschreibungen, das muß anders werden. Man wird vielleicht einwenden, in Lübeck seien die Dividenden nicht so hoch; das kann zugegeben werden, ohne daß dadurch an der Tatsache gerüttelt wird, daß die Brauereien recht gewinnbringende Unternehmen sind.

Die Brauereien haben es abgelehnt, den Wünschen der Wirte Folge zu leisten und so wird der Kampf gegen die Bierpreiserhöhung fortgesetzt werden müssen. Darum deshalb niemand Lagerbier!

Theaterzug nach Waldhalle und Travemünde. Vom 1. Oktober an wird jeden Dienstag und Freitag abend nicht, wie in den Vorjahren um 10.50 Uhr, sondern einem Antrag der Direktion des Stadthallen-Theaters bei der Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn entsprechend, um 11 Uhr ein Theaterzug von Lübeck nach Waldhalle und Travemünde abgelassen werden. Die Bewohner dieser Orte wird die von der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft getroffene Einlegung dieses Spätzuges aufs angenehmste berühren, da ihnen dadurch möglich ist, nach Beendigung der Theatervorstellungen den Theaterzug benutzen zu können.

Gewerbevergeßlichkeit. In unserem Bericht über die Klage des Kellners H. gegen den Gastwirt K. ist irrthümlicherweise angegeben worden, daß der Kläger nicht eingestellt sei, weil er dem Verbands der Gastwirtsgehülfen nicht angehörte; das Gegenteil ist richtig.

Stadtheater-Probisforum im Stadthallentheater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Die Winterpielzeit wird am Sonnabend den 29. September mit Lessings „Mathan der Weise“ eröffnet, während die Opernmitglieder sich am Dienstag den 2. Oktober in Wagners „Lohegrin“ vorstellen werden. Die Abonnementsbestellungen gehen noch zahlreicher als im verfloffenen Winter ein. Die Abonnements- sowie die Klassenpreise sind genau dieselben wie im Vorjahre geblieben und niedrig zu nennen, besonders glücklich sind die Abteilungen der einzelnen Preise gewählt, so daß es allen Kreisen der Bevölkerung ermöglich ist, das Theater zu besuchen. Die Abonnementsannahme erfolgt täglich vorm. von 11 bis 1 Uhr und nachm. von 4 bis 6 Uhr und wird am 27. Septbr. geschlossen.

Gegen die Sensationspresse hat die Hamburger Polizeibehörde folgenden Geheimverlaß bei ihren Beamten zirkulieren lassen: „Streng diskret. Die hiesige Presse behandelte den kürzlich in Latzenberg vorgekommenen Mord in einer so unverantwortlichen Weise, daß diesem Treiben ein Niegel vorgeschoben werden muß. Einestheils werden Umstände, welche die Aufklärung der Tat und die Auffindung der Mörder aufs äußerste gefährden, durch die Presse in die Öffentlichkeit gebracht, und zwar offenbar durch Mittheilungen aus Beamtenkreisen, und andererseits weitestens die Reporter in der freien Erfindung derart, daß die Wirklichkeit dem Publikum ganz entstellt wird, und schließlich ergeht sich die Presse aus gänzlichem Unkenntnis der tatsächlichen wie rechtlichen Lage in ganz unbegründeten (?) Vorwürfen gegen die Kriminalpolizei. Um dieser Bägellösigkeit ein Ziel zu setzen, ist folgendes geschieden: 1. Abt. II wird ihren Beamten strengste Verschwiegenheit gegenüber den Reportern nochmals zur be-

sonderen Pflicht machen. Die Aktenstücke, betr. den Latzenberger Mord, sind nur unter strengster Zurückhaltung, die Zeitungsberichterstattung sind stets am Abt. IV zu verweisen, welche der Abt. II das für die Öffentlichkeit geeignete Material morgens bis 11 Uhr und nachmittags bis 3 Uhr zustellt. Jede Indiskretion von Beamten wird aufs strengste geahndet werden. 2. Die Abt. IV teilt den Reportern die ihnen von Abt. II gegebenen Nachrichten mit. Sie eröffnet den Reportern, daß sie Auskunft in diesem Falle nur von Abt. IV erhalten, sich deshalb von den Büreaux der Abt. II und den Wachen fernzuhalten haben, und daß, falls sie Erfindungen oder Entstellungen bringen, ihre Redaktionen hiervon in Kenntnis gesetzt und in besonderen Fällen diesen jede Auskunft verweigert werden soll. Die Redaktionen sind eventuell auch aufzufordern, andere Vertreter zu schicken.“ Das „Hamburger Echo“ knüpft daran folgende Bemerkungen, die im allgemeinen auch auf Lübecker Verhältnisse zutreffen: „Daß bei der Polizei nicht alles so ist, wie es sein sollte, ist männiglich bekannt; die sachliche Kritik, die hier und da eingeklagt hat, ist keineswegs unbegründet. Wir können es aber auch begreifen, daß der Polizei das Gebahren der „entchieden liberalen“ und der Speersport, Sensations- und Schwindelpresse schließlich ungemütlich wird. Man denke nur an den Mordfall- und Bombenschwindel dieser Presse, der die Polizei nach außen hin in eine fatale Situation gebracht hat, so daß sie schließlich einen kalten Wasserstrahl gegen die Schwindelkramerei losließ. Der Geheimverlaß“ dürfte aber in dieser Hinsicht kaum etwas ändern. Die Polizei hat es auch immer ruhig gelassen, daß die Schwindelkramerei bei Streiks und Aussperrungen usw. die verlogenen Latzenberichterstattung in die Welt hinausjagt, um sich bei den Schatzmachern lieb sein zu lassen; sie darf sich deshalb nicht wundern, wenn die Tätigkeit dieser Schwindelkramerei auch auf einem der Polizei unbehaglichen Gebiet entfällt. „Freie Erfindung“ und „Entstellung“, die dem Publikum die Wirklichkeit ganz einstellen“, „Bägellösigkeit“ und „unverantwortliches Treiben“ gehören nun einmal zum Rüstzeug dieser Presse.“

Verkehrsbesserung auf der Strecke Flensburg—Kiel—Lübeck. Im Bureau der Kieler Handelskammer fanden Freitag zwischen Vertretern der Handelskammern Flensburg, Kiel und Lübeck Besprechungen über Fahrplanangelegenheiten statt. Es soll versucht werden, Verbesserungen im Fahrplan der Linien Flensburg—Kiel und Kiel—Lübeck herbeizuführen.

Im Pausatheater nahm am gestrigen Sonntage der Winterpielplan vor fast ausverkauftem Hause seinen Anfang mit einem sorgfältig zusammengestellten Programm und einer außerordentlich künstlerischen Aufführung. Es ist unmöglich, einzelne Nummern herauszugreifen, da jeder Darsteller auf seinem Posten gutes bot. Da konnte es nicht wunder nehmen, daß sämtliche Darbietungen stürmischen Beifall fanden und die Künstler und Künstlerinnen sich zu mehreren Zugaben bewegen mußten. Wir können unseren Lesern den Besuch des Pausatheaters nur empfehlen.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Ermittelt wurde, daß Dienstmädchen eines hiesigen Bädermeisters, das einem Bädereffekten aus seinem Portemonnaie einmal ein 10 Mk.-Stück und zuletzt ein 20 Mk.-Stück herausnahm und sich rechtswidrig aneignete. — Am 14. d. Mts. wurde von einem Gaukler in der Holstenstraße ein großer Wscheimer aus Eisenblech weggenommen und vermutlich gestohlen. — Festgenommen wurde ein auf der chemischen Fabrik in Danischburg beschäftigter in Seereis wohnhafter Arbeiter, der einem anderen Arbeiter, während sie beide in einem Gasthose übernachteten, sein Portemonnaie mit 14 Mk. gestohlen hat.

Parteigenossen! Trinkt kein Lagerbier.

Ein. Eine Volksversammlung, die sehr gut besucht war, fand hier am Sonnabend im Lokale des Herrn Paul Schröder statt. Ueber die oldenburgische Steuerpolitik, sowie über die Bierpreiserhöhung, referierte Genosse Stelling-Lübeck, der hinsichtlich des ersten Punktes die in Schwartau angenommene Resolution empfahl, bezüglich der Stellungnahme zum Bierkrieg jedoch die Freigabe des ringfreien Bieres befürwortete, da dasselbe in Lübeck in genügender Menge eingeführt werden könne. Beide Resolutionen fanden Annahme. Das Ringbier ist also strikte zu meiden. Sowohl vom Referenten als auch von dem Genossen Gloe wurde sodann scharf das Vorgehen des hiesigen Wirtevereins kritisiert, der beschlossen hat, den Preis für Selters, Limonaden, Grogs und Butterbröte um je 5 Pf. zu erhöhen. (Dieses verurteilenswerthe Verhalten der Wirte, das einer Schröpfung des Publikums gleichkommt, hat leider auch insofern in Lübeck Eingang gefunden, als hier eine Anzahl Wirte den Preis des Kammels und Braunbieres, der bisher 8 Pf. betrug, auf 10 Pf. erhöht haben. Red.) Beide Redner empfahlen unter Zustimmung der Versammlung, sich diesen Schröpfungsvorlesungen der Wirte energisch zu widersetzen, wie den gleichartigen Vorlesungen der Brauereigewaltigen. Dieses wird um so leichter sein, als mehrere Wirte sich dem Beschluß des Vereins nicht fügen wollen. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten erfolgte Schluß der Versammlung. Eine vorgemerkte Tellerammlung ergab den Beitrag von 12,45 Mark.

Hiendorf a. D. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Rageburg. Das Bahnprojekt von Rageburg nach Hamburg wird wahrscheinlich schon in aller nächster Zeit verwirklicht werden können. Diese neue Linie soll in Trittau oder Rätzienke in die jetzt in Bau genommene Strecke Trittau—Hamburg einmünden. Zu bauen sind deshalb nur rund 20 Kilometer.

Wandsbek. Zum Bierkrieg. Der hiesige Wirteverein beschloß in seiner Versammlung nach lebhaften Auseinandersetzungen, daß die Mitglieder fortan nur echtes Bier einnehmen und nach Ausschank des vorhandenen sonstigen Bieres ab Montag nächster Woche nur echtes Bier trinken dürfen. Zumberhandelnde verfallen einer Konventionalstrafe von 100 Mk. und haben den Ausschluß aus dem Verein zu gewärtigen. Die Durchführung dieses

Beschluss wird scharf kontrolliert. Die Brauereien drohen bereits mit Maßregelung abhängiger Wirte, was aber wenig Eindruck macht.

Hamburg. Beendete Lohnbewegung. In der Versammlung der Gasarbeiter wurde vom Referenten betont, daß nach den Bekanntmachungen der Deputation für das Beleuchtungsweesen diese eine bedeutende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gasarbeiter bewilligt habe, und zwar hätten die Arbeiter das folgende erreicht: Der Tagelohn für neu einzustellende Arbeiter ist von 3,80 Mk. auf 4 Mk. erhöht worden, die übrigen Platzarbeiter erhalten anstatt 3,80 bis 4,10 Mk. jetzt 4,10 bis 4,40 Mk. pro Tag; alle höher entlohnten Arbeiter haben 10 Pf. pro Tag mehr bekommen; für Sonn- und Feiertagsarbeit wird 30 Pf. Zuschlag bezahlt. Die beim Löschen der Kohlen im Alford beschäftigten Arbeiter erzielen einen jährlichen Mehrerwerb von 100 Mk. Die Achtstundenschicht für die Feuerhausarbeiter wird nach den Erklärungen der Deputation wahrscheinlich im nächsten Jahre eingeführt werden. Endlich wurde den Gasarbeitern, soweit sie drei Jahre und länger beschäftigt sind, ein alljährlicher siebenwöchiger Sommerurlaub zugesprochen. Der Referent betonte, daß, wenn auch nicht alles erreicht worden sei, man doch mit den Zugeständnissen zufrieden sein könne, um so mehr, da diese auf friedlichem Wege ohne jedwede Opfer erreicht wurden; es empfehle sich deshalb, die Lohnbewegung für beendet zu erklären. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu und erklärte die Lohnbewegung der Gasarbeiter für beendet.

Unglück. Dem „Hamburger Fremdenblatt“ wird telegraphiert: In der Zuckerraffinerie von der Wos wurde bei der Erprobung eines Fahrstuhls der Zimmermann Alberts getötet; die Arbeiter Carlstens und Grupp wurden schwer verletzt.

Steinburg (Holl.). Eine Feuersbrunst legte das umfangreiche Gebäude des Hofbesizers und Gemeindevorstehers Nätthin in Stellau in Asche. Wohnhaus, Viehstall und Scheune fielen den Flammen zum Opfer. Das Vieh und das Mobiliar konnten gerettet werden, dagegen sind die ganzen Erntevorräte mitverbrannt. Der Besitzer hatte das Unglück bei den Rettungsarbeiten von einer Leiter zu fallen und sich erhebliche Verletzungen zuzuziehen. Die Entstehungsurache des Feuers soll auf Unvorsichtigkeit seitens einiger dort beschäftigter Handwerker zurückzuführen sein.

Kiel. Bildungsbestrebungen der Kieler Arbeiterschaft. Das Kieler Gewerkschaftsamt und der Kieler Sozialdemokratische Verein haben im vorigen Jahre eine gemeinsame Kommission eingesetzt, die die Bildungsbestrebungen der Kieler Arbeiterschaft fördern soll. Schon im vorigen Jahre war es möglich, zwei Vortragskurse zu veranstalten, und zwar eine naturwissenschaftliche und eine geschichtliche. In diesem Jahre will die Kommission noch weitergehen. Sie will neben den Vortragskursen noch Unterrichtskurse in der deutschen Sprache einrichten. Der Zweck dieser Kurse soll sein, den Teilnehmern die korrekte Beherrschung der Muttersprache, besonders im schriftlichen Ausdruck, zu vermitteln. Die geplante Einrichtung unterscheidet sich dadurch vorteilhaft von den

Vorschlägen des Genossen Nöhle, die seinerzeit auch in Kiel mit großem Interesse entgegengenommen wurden, daß der Unterricht nicht von einer entfernten Zentrale her schematisch und lediglich auf schriftlichem Wege, sondern in unmittelbarem, lebendigem Verkehr zwischen Lehrern und Schülern erteilt werden soll. Die Teilnehmerzahl der einzelnen Kurse soll 20 nicht überschreiten, die Kurse können 12, sie können aber auch 20 Abende à 2 Stunden währen, je nach der Vorbildung der Teilnehmer. Besonderer Zweck der Kurse ist, die Genossen im schriftlichen Gebrauch der Sprache zu fördern, die als Parteiführer, Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre häufig in die Lage kommen, im Verkehr mit Unternehmern, Behörden, der Presse oder zu kaufmännischen Zwecken ihre Gedanken schriftlich zu fixieren. Von den Teilnehmern soll ein Beitrag von 20-30 Pfennigen pro Abend erhoben werden.

Rendsburg. Vom Zuge überfahren. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich am Freitag bei der Station Otherröndfeld zugetragen. Das 2 Jahre alte Kind des Schiffers Goch in Westerröndfeld lief über die Schienen, als der Zug heranbrauste, der gegen halb drei Uhr aus Rendsburg fährt. Als der Zug zum Stehen gebracht war, war der größte Teil des Kindes schon über das Kind hinweggegangen, dem der Kopf vom Kumpfe getrennt worden war.

Lüneburg. Großfeuer auf der Saline. Im Laboratorium der chemischen Fabrik unserer Saline entstand Sonnabend mittag gegen 1 Uhr ein Feuer, das sich schnell weiter verbreitete und in wenigen Stunden einen bedeutenden Teil der Saline in Asche legte. Sowohl das Laboratorium wie das daneben liegende Fabrikgebäude sind fast vollständig niedergebrannt. Die Feuerwehren hatten ein schweres Stück Arbeit zu bewältigen, um die noch weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Der durch das Feuer verursachte Schaden ist sehr groß.

Bremerhaven. Der Boykott ist strafrei — in Bremen. Genosse Kurth Bremerhaven als Vorsitzender der dortigen Boykottkommission und als Expedient der „Norddeutschen Volksstimme“ war wegen Aufforderungen zum Lokalboykott vom Schöffengericht Bremerhaven zu 18 Tagen Haft verurteilt worden. Dieser Urteil ist vom Landgericht Bremen in der Berufungsinstanz aufgehoben und Genosse Kurth kostenlos freigesprochen worden. Selbst vom Vertreter der Staatsanwaltschaft war die Freisprechung beantragt worden.

Bant. Der arme Reichsverband. Wie unsern Lesern noch bekannt sein dürfte, hatte das Haupt des Reichsverbandes zur Abwürgung der Sozialdemokratie, General a. D. Siebert, für sich und seine Beamten Klage eingereicht, weil sie sich durch den Leitartikel: „Deutsche Pogrommisten“ in Nr. 169 des „Nordd. Volksblattes“ vor den Bauch gestoßen glaubten. — Nunmehr hat die Staatsanwaltschaft in Oldenburg dem verantwortlichen Redakteur unseres Banters Bruderblattes mitgeteilt, daß das Verfahren zum Teil wegen mangelnden Tatbestandes, zum Teil wegen mangelnden öffentlichen Interesses eingestellt worden ist. — Das ist aber schade; vielleicht wären die Leute durch den Prozeß noch mehr blamiert worden, als

durch die Einstellung des Verfahrens und deren Begründung.

Beste Nachrichten.

Salzwedel. Der Kommandeur der 7. Division, Generalleutnant v. Bernhardt, ist im Manöver bei einem Angriff der 16. Manen gestürzt und überritten worden. Er liegt zur Zeit in Beekendorf.

Bilfen. In der hiesigen Station stießen zwei Güterzüge zusammen. Die Lokomotive des einen Zuges wurde zertrümmert und der Lokomotivführer getötet. Ein Zugführer ist schwer verletzt.

Budapest. In Kolna, Komitat Trencsen, brang in einer Celluloidfabrik aus unbekannter Ursache Schwefelgas in die Gasstämme ein. Von 14 Arbeitern sind 10 erstickt.

Verriers (Belgien). Das Textilunternehmertum ländigte vom 19. September die Absperrung von 20 000 Arbeitern an. Das Kapital ist allenthalben gleich.

Paris. In der Pulverfabrik von Montfalcon bei Besancon fand eine Explosion statt. 7 Personen wurden getötet, zahlreiche Leute verwundet.

Zückermarkt vom 15. Septbr.

Bauern-Butter 1,25 Mk., Meierei-Butter 1,40 Mk., Käse 2,70-3,20 Mk., Hüner 2,10-2,20 Mk., Fäulen 2,20 Mk., Lauben 0,50 Pf., Gänse 75 Pf., Fildgans 1,30 Mk., Schweinefleisch 0,60 Mk., Schinken 1,30 Mk., Würst 1,30 Mk., Eier 7 Stück 60 Pf., Karpfen 1 Pf., Ger. Lachs 1,20-2,40 Mk., Karaschen 80 Pf., Seiche 70 Pf., Barfische 70 Pf., Aal 0,80 Mk., Karpfen, beste Grauentamer 100 Pf., 10-12, Romen 100 Pf., 6-8 Mk., andere Sorten 100 Pf., 6-10 Mk., Pflaumen 100 Pf., — 12, Blumenkohl, Kopf 30-50 Pf., Rischen, 100 Pf., 3-4, Gurk 100 Pf., — 12, Zwiebeln 100 Pf., 5,50 Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pf., 5-6, per 10 Liter 60 Pf., magnum bonum 200 Pf., 5-6, Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Geringe 2 St. 10 Pf., Dorsche genügend, Brachsen 1 Pf., Gemüse genügend.

Ämtliche Notierungen der Produzentenbörse.

Inländisches Getreide. Weizen, neuer 127-132 Pf., holl., 166-170, Roggen neuer, 120-125 Pf., 146-151, Hafer, alter, je nach Qualität 170-175, neuer, je nach Qualität 160-165, bis 160, Gerst. neue, je nach Qualität 160-165.

Stierfleisch- und Viehmarkt.

Hamburg, 15. Septbr. 1906. Der Schweinehandel verlief flau. Zuführt wurden 1718 Stück, davon vom Norden 100 Stück, vom Süden 1618 Stück. Preis: Verlandtschweine: schwere 70-71 Mk., leichte 70-71 1/2 Mk., Sauen 64-67 Mk., und Ferkel 66-69 Mk. pro 100 Stück.

Der 15ten Fritz bi Klempnerstr. Stahl to sienen morgigen Geburtsdag ein donnerndes Hoch. — Oht woll Koken un Kaffe gieft, weil Beer verbohnen is? Na, rahe mal.

Zu sofort oder später im Hause Ede Wasserweg-Gärtnergasse (Mühlentor) mehrere vollständig neu eingerichtete Wohnungen zur Jahresmiete von 150-220 Mark. Näheres bei Schnepel, im Hause Wasserweg 2, Erdgeschoss.

Sofort ein tüchtiger Kocharbeiter. Th. Petersen, Johannisstraße 47.

Gesucht zu sofort ein jüngerer Bursche für leichte Arbeiten. August Faasch, Kolltabakfabrik, Johannisstr. 43.

Gesucht zu sofort oder 1. November ein kräftiger Knecht welcher mit Pferden umzugehen versteht. H. b. Wiegels, Fischerstraße 61.

Gesucht zu sofort eine Frau zum Flaschenputzen. Waisenhoffstraße 18.

Zu verkaufen ein gebrauchtes Fahrrad (30 Mk.) und ein photographisch. Apparat Adler (9x12). Lüchowstraße 29.

Ein Kinderwagen zu verkaufen. Lüchowstraße 5a.

Billig zu verkaufen ein weißer Sitz- und Liegewagen mit Verdeck, sowie ein Klappstisch (Eichenholz). Fischergrube 50, II.

Drehspäne abzugeben, Sack 20 Pf. Fleischhauerstraße 75.

Billig! Große saure Geringe, fein sein mariniert, à St. 5 Pf. Billig! Wiederverkäufer billiger. Fischergrube 61.

Kennen Sie unsere
Leistungsfähigkeit in Berufs-Garderoben.
Größte Auswahl. Billige Preise. Gute Rabattmarken.
Adolf Renzow & Co.
Mühlentorstraße 5, beim Ringenberg.

Wegen **Geschäftsverlegung** nach: **Hüxterdamm Nr. 2** dauert mein
Groß. Schuhwaren-Ausverkauf
nur noch diese Woche!
Einzelne Paare zu u. unter halben Preisen.
Bitte Schaufenster beachten.
Friedr. Meyer, Hüxst. 118.
Trotz der herabgesetzten Preise gebe rote Rabattmarken.

Eröffnung meiner Modellhut-Ausstellung
Pariser und Berliner Modelle und Modell-Kopien.
Sämtliche Putzartikel in reicher Auswahl.
Emma Meyer, Geverdesstraße 21.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königstraße 62, b. d. Hüxstraße.

Trockenes Brennholz
in allen Sorten,
in Kloben, gesägt und kleingemacht,
empfiehlt
Christian Gäde
Fernruf 242.
Kontor Fischergrube 4 und Lager bei der Drehbrücke.

Nur beste nordische **Kronsbeeren**
täglich frisch, versendet per Post und Bahn
zum stets billigsten Tagespreise
Ludwig Hartwig,
Oberstraße 8.
Zur billigen Fleisch-Quelle!
Königstraße 48b
Schweinefleisch . . . Pfund 70 Pf.
Kalbfleisch . . . Pfund 50 Pf.
 Hammelfleisch . . . Pfund 70 Pf.
Pahner, Enten, Tauben, Küken billig.

3 junge Leute
(Gebrüder),
welche gestern (Sonntag) kurz vor 1 Uhr eine Flotten-Mundharmonika kauften, erjunde, betreffs der beiden Marken: Loreley u. Wiener Mundharmonika gefl. bis spätestens Dienstag den 18. dsd. bei mir vorzukommen.
Musikhaus Jack.

Journal-Pesezirkel
E. TH. DAWARTZ
für 10 Pf. pro Woche Garten, Luft Welt, Illustr. Sonntagsschl., Neue Blatt, Berl. ill. Btg. Eintr. tägl!
Versuch überzeugt!
Prospekte bitte zu verlangen!

Adolf Hübner, Uhrm. u. Goldw. u. Warenhandlung, s. Reparaturwerkstatt. Fünfhausen 13.
Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. (Zahlstelle Lübeck.)

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 18. Septbr. abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder und Wahl eines Schriftführers.
2. Regelung unserer Beiträge.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.
Goldene Laube
größte elektrische Ausstattungs-Feerie der Gegenwart.
Eva Nora Ibsen.
Richard Hünker
und das andere Künstlerpersonal.
Vorverkauf in Sager's Zigarren-Gesch.

Andree und Wellman.

Der „Votab. Hand. Tidn.“ entnehmen wir die folgenden Hauptzüge einer interessanten Schilderung, der Professor Otto Nordenskiöld von einem Besuch der Dänekinsel auf Spitzbergen gibt:

An der Küste der Dänekinsel liegt am Virgoer Hafen das von dem Engländer Bille errichtete Blockhaus, in dem Andree und seine Begleiter während eines Teils der letzten Zeit gewohnt haben. Nicht daneben sieht man noch etwas von den Trümmern seines Ballonhauses. Viel ist nicht mehr davon vorhanden. Einmal für den Aufstieg des Ballons geübt, konnte es den Stürmen des Winters nicht widerstehen, und über die Trümmer hat sich bis jetzt nur das mächtige Steindenkmal erhoben, gekrönt von dem schwedischen Farben auf einer Platten-Flagge und mit einer Inschrift, die dem waltfahrenden Besucher von dem dankwürdigen 11. Juli 1897 erzählt.

Nun steht dort außerdem ein Zelt, das ein deutscher Journalist bewohnt, der hierher gekommen ist, um in der nächsten Nähe zu beobachten, was hier vorgeht. Bretter und Holz sind zu Haufen gesammelt worden, teilweise hat man es wieder benutzt, und zwar zu demselben Zweck, wie das erstemal! Denn auf dem Abhang droben, links von Mr. Billes Haus, erhebt sich nun ein Bau, der zweifellos das Großartigste ist, was man je in irgend einem Polarland ausgestellt hat. Und an dem öden Strande herrscht ein Leben und eine fleißige Tätigkeit, die wenig mit der eignen, düsteren Stille der Natur harmonisiert.

Der Amerikaner Wellman hat ursprünglich geglaubt, einen nördlicheren Ausgangspunkt wählen zu können, doch schließlich vorgezogen, ebenfalls den Hafen von Virgo für den Aufstieg zu bestimmen, der eine sehr freie Lage im hohen Norden hat, fast auf dem 80. Breitengrad, und sich gleichzeitig durch eine besondere Zugänglichkeit auszeichnet.

Ungefähr einen Monat vor meinem Besuch, am 25. Juli, war die amerikanische Expedition in Spitzbergen angekommen. Man konnte damals zwar unmöglich mit allen Vorbereitungen fertig sein, hatte aber bereits ein prächtiges Wohnhaus errichtet, das einer Abteilung der Expedition zur Überwinterung dienen soll, falls der Aufstieg nicht mehr in diesem Jahre stattfindet, und die Vorarbeiten waren so weit gediehen, daß man einen guten Ueberblick über die zukünftige Ausführung der Expedition gewinnen konnte. Der wesentliche Unterschied zwischen Wellmans und Andrees Plänen liegt in bekannter Weise darin, daß Wellman sich nun die während des letzten Jahrzehnderts erreichte bedeutende Entwicklung der Ballontechnik zunutze machen kann. Während Andrees Aufstieg mit einem gewöhnlichen Ballon unternommen wurde, der sich nur einigermaßen durch die Anordnung mit Schleppseilen lenken ließ, die selber durch einen unglücklichen Zufall schließlich unbrauchbar wurden, steigt Wellman in einem wirklichen Luftschiff auf, das, wenn der Wind nur ein wenig günstig und nicht gerade entgegen geht, mit Segel, Ruder und einem Propeller gelenkt werden kann, der von einem starken Benzinmotor getrieben wird.

Auf geringe Entfernungen hat man mit solchen Luftschiffen in Frankreich und andern Ländern bereits sehr gute Resultate erreicht, für sehr lange Reisen sind sie wohl noch niemals benutzt worden. Zudem ist auch Wellmans Luftschiff auf die allerbeste Art konstruiert, die die heutige Technik anwenden kann, und ein Vorteil für ihn ist es, daß er, gestützt auf die leidenschaftliche Anteilnahme der gesamten amerikanischen Presse, für sein Unternehmen über fast unbegrenzte Mittel verfügen kann. Der Ballon allein soll ungefähr eine halbe Million Kronen gekostet haben, und dennoch spricht er davon, falls der Aufstieg bis zum nächsten Jahr verschoben werden muß, um der Sicherheit willen ein neues Fahrzeug anschaffen zu wollen.

Doch muß man ja auch mit völlig unbrauchbaren Gegenständen rechnen. In diesem Fall hat Wellman vielleicht

seine größte Ueberlegenheit Andree gegenüber. Die Technik hat nämlich in den letzten Jahren gelernt, eine Ballonart von vorzüglichsten Eigenschaften herzustellen, aus doppeltem Seidenstoff, mit Nähten, die sich in Winkeln von 45 Grad gegenüberliegen und mit einer zwischen beiden gleichsam eingegossenen dünnen Kautschukmasse. Ein auf diese Art hergestellter Ballon kann sich mehrere Monate halten, ohne daß Gas eingeströmt zu werden braucht, vorausgesetzt, daß der Aufdruck und die Witterungsverhältnisse nicht gar zu veränderlich sind. Es wird nun überhaupt beabsichtigt, die ganze Fahrt in einem sehr niedrigen Niveau, 40—50 Meter, mit Hilfe von Schleppseilen zu machen; durch eine feine röhrenartige Einrichtung können diese einem Auler angeordnet werden, i. e. während der Zeit, da der Gegenwind weht, den Ballon festhält. Wenn es dann wieder ruhig ist oder der Wind eine günstigere Richtung annimmt, wird die Fahrt fortgesetzt.

Der ganze Ballon ist viel größer als Andrees und kann außer seinem Eigengewicht eine Last von zirka 7000 Kilogramm heben. Außer Wellman sollen nach der bestschickten Absicht noch vier Personen mitfolgen, nämlich zwei Amerikaner und zwei Franzosen, welche letzteren die eigentlichen Ballonsachkundigen sind. Wellman selbst dürfte wohl kaum irgendwelche größere Erfahrung in der Luftschiffahrt besitzen. Anfangs hatte man die Absicht, einen Apparat für drahtlose Telegraphie mitzunehmen, doch dieser hat sich als zu schwer erwiesen, und außerdem fürchtet man, daß durch die elektrischen Funken die Sicherheit des Ballons gefährdet werden könnte.

Wellman ist ein Mann von einigen fünfzig Jahren, mit Frau und großer Familie. Das sollte für den Führer von einer derartigen Polarexpedition vielleicht besser nicht der Fall sein, aber er hat ja als Polarforscher viel Erfahrung und macht als Führer des Unternehmens den besten Eindruck.

Während Wellman mich umherführt, von seinen Plänen spricht, seine Anordnungen erklärt und die Hoffnungen, die er an jede Sache knüpft, wimmelt es am Strande von französischen Touristen. Es ist doch eigen und gleichzeitig erfreulich zu sehen, welche Eifersucht und Bewunderung man dem Gedächtnis Andrees bewahrt. Es ist, als werde die Stimmung ein wenig düsterer und erister, wenn man vor seinem Denkmal, zwischen den Ruinen seines Werkes steht. Auf der Höhe droben hat sich eine Gruppe schwedischer Touristen versammelt, die die Flagge ihres Landes aufpflanzen, eine Huldigung für den Mann, der diese Städte zum erstenmal berührt gemacht hat. Natürlich möchte jeder einzelne ein Erinnerungszzeichen von hier mitnehmen, ein Stück Eisen vom Ballonhaus, einen kleinen Stein von dem Denkmal oder ein Brettchen mit der Adresse der Expedition, und mit Sägen schneidet man die blaugelbe Flagge aus, die als Erkennungszeichen der Expedition an das Bauholz gemalt ist.

Soziales und Parteilieben

Der Stettiner Hafenarbeiterfreik. In einer am Donnerstag abgehaltenen sehr zahlreich besuchten Versammlung der ausländigen Hafenarbeiter äußerte sich der Vorsitzende des Hafenarbeiterverbandes Döring aus Hamburg in längeren Ausführungen über die jetzige Lage des Streiks. Insbesondere glug er auf die Frage ein, ob es ratsam wäre, wenn die Ausländigen neue Verhandlungen mit dem Schutverband der Reeder anbahnen würden. Redner verneinte diese Frage, indem er hervorhob, daß sowohl die Reeder wie auch die Stadt mehr Ursache hätten als die Ausländigen, eine Verständigung herbeizuführen, weil dieser Vorkampf für den Handel und für die ganze Bürgerschaft sehr schädigende Wirkungen im Gefolge habe. Würden die Ausländigen jetzt den Friedenschluß nachsuchen, so könne das als ein Zeichen der Schwäche gedeutet werden und den Kampf noch in die Länge ziehen. Der Schutverband der

Reeder habe den Streik sicher schon lange vorbereitet und ziele in seinem Bestreben nur dahin, die Organisation zu zertrümmern. Es wolle daher der Kampf mit aller Schärfe fortgeführt werden, bis ein ehrenvoller Frieden angeboten werde. Vorläufig sei ja bei der Lage der Dinge noch nicht daran zu denken. Deshalb brauchten aber die Ausländigen nicht zu verzweifeln, da genügend Geldmittel vorhanden wären. Bis jetzt hätten sich ja auch keine wankelmütigen Kollegen gezeigt. Wenn von den Reedern das Gerücht in die Welt geleitet würde, daß nächsten eine große Zahl von Reservisten als Arbeitswillige in Stellung einzutreten, so sollten sich die Ausländigen ja nicht durch solche Machinationen einschüchtern lassen. Er für seine Person glaube daran nicht und wenn es doch der Fall sein sollte, so würden sich schon Mittel und Wege finden, diese Leute über den Sachverhalt aufzuklären. — Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der die Ausländigen sich verpflichteten, fest und treu bis zum letzten Mann weiter zu kämpfen.

Die Quellen der Parteifinanzen. Die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion an den Mannheimer Parteitag sind nunmehr verhandelt worden. Dem Vorstandsbericht ist noch eine Tabelle beigegeben worden, die der in der Presse veröffentlichte Text nicht enthielt. Es ist eine tabellarische Uebersicht der Herkunft der Parteibeiträge. Eine solche tabellarische Uebersicht ist schon seit langen Jahren gegeben worden. Diesmal wurde aber eine bedeutende Verbesserung vorgenommen. Während bislang die Orte, die Gelder gesandt hatten, einfach in alphabetischer Reihenfolge angeführt wurden, sind diesmal zwei Tabellen, eine für die Beiträge der Organisationen, eine für sonstige Beiträge hergestellt worden. Die Organisationen sind nach der amtlichen Reihenfolge der Reichstagswahlkreise geordnet und für jede präzisere Provinz und jeden Bundesstaat sind die Summen zusammengefaßt. Es wird so ein sehr anschauliches Bild der Leistungen der einzelnen Landestelle für die Parteihauptkasse gegeben. Die Hauptposten der Tabelle lauten:

| | |
|----------------------------------|------------|
| Provinz Ostpreußen | 652,— |
| „ Westpreußen | 47,60 |
| „ Brandenburg | 160 124 23 |
| (davon Groß-Berlin 158 526 39) | |
| Provinz Pommern | 1 132 22 |
| „ Posen | 51 85 |
| „ Schlesien | 4 980 58 |
| „ Sachsen | 3 584 86 |
| „ Schleswig-Holstein | 6 179 96 |
| „ Hannover | 2 939,51 |
| „ Westfalen | 3 196 01 |
| „ Rhein-Raffau | 4 308 84 |
| Rheinprovinz | 5 542,63 |
| Preußen insgesamt | 192 797 29 |
| Bayern | 3 975,41 |
| Sachsen | 39 400,— |
| Württemberg | 1 389,— |
| Baden | 860 47 |
| Hessen | 2 500,— |
| Mecklenburg-Schwerin | 400,— |
| Sachsen-Weimar | 349,— |
| Oldenburg | 1 523 48 |
| Braunschweig | 425,— |
| Sachsen-Meinungen | 128 86 |
| „ Altenburg | 1 000,— |
| „ Koburg-Gotha | 358 16 |
| Anhalt | 518 42 |
| Schwarzburg-Rudolstadt | 153 26 |
| Reuß j. L. | 600,— |
| Lübeck | 1 400,— |
| Bremen | 2 400,— |
| Hamburg | 35 000,— |
| Elb-Lothringen | 103,64 |

Unter den sonstigen Beiträgen ist Berlin noch mit 8350,09 Mark angeführt, Hamburg mit 1910,40 Mt. Von den

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(33. Fortsetzung.)

„Ach“, sagte die Annemarie; „aber was meint die Frau Ballineffin nur? So würd ich mir doch das nicht zu schulden kommen lassen. Und wenn's zehnmal nicht für arme Leute schiden tät, daß sie was denken täten dabel, was die Ballineffin sagt. Und die Frau Ballineffin weiß es schon einzuordnen, wenn sie was sagt, daß nix dabel zu denken ist. Und wenn's sein könnt; in der Frau Ballineffin ihrem Weisheit mich's zu unterstehen, das wär mir ja noch immer viel zu niederträchtig. Ja, wer so reich ist, wie die Frau Ballineffin, und ist am Gründonnerstag Sechzig gewest!“

„Die Annemarie ist eine recht vernünftige Person für Ihre Umstände“, genehmigte die Ballineffin dieses Ersterben in Demut, „dum hat der Herr Sie auch so sichtbarlich mit seinem Arm behilft. Und an dem Exempel da kann Sie's ersehen, daß der liebe Gott die Welt recht so in den Tag hinein hat erschaffen, sondern hat sich was dabel gedacht, warum er reiche Leute und arme Leute hat erschaffen.“

Die Ballineffin dachte, als sie die Räucherhand des Himmels feierte, nicht daran, daß sie noch vor kurzem den Unfall des Holders Fritz ebenso bestimmt dem Säcken des Gringels ein solches Strafgericht verhängt hatte.

Dennoch schen sie recht zu haben. Denn kaum war die Rache des Himmels an dem Hänschen der Heiterethei so weit vollzogen, als wir geschildert haben, und schon machte sich ein Morgenwind auf, dem weiteren Regen zu steuern.

„Ja“, sagte die Ballineffin, als zum erstenmal wieder das blaue Auge des Himmels durch die grauen Regentwimpeln sah, „das ist sichtbarlich Ordentlich gewar't hat der Wind, daß er nicht eher losgebrochen, bis das Strafgericht ist vollend't gewest. Und daß er nicht hat müssen warten,

bis das Häusle ganz verfort wär gewest, daraus kann man ersehen, daß der Himmel der König Pharaon nicht hat ganz wollen vertilgen, sondern hat ihn nur wollen demütigen und hat ihn durch Demütigung zum Rechten wollen führen. Und wenn der lieb Gott so was vor hat, so sollen die Menschen behilflich sein. Und was mich anbetrifft, hier sitz ich und sag: was ich kann tun, daß der König Pharaon wird gebessert, das soll ehelich und getreulich geschehn.“

So triumphierte die Ballineffin in der Seele des Schicksals und sagte den Entschluß, ihm zum Besten der Heiterethei unter die Arme greifen.

Die alte Annemarie dagegen in ihrem Taubenschlage — denn: als solcher hatte ihre neue Wohnung früher gedient — war zwar stolz auf die unmittelbare Gnade des Himmels, aber heimlich mußte sie doch über das Schicksal des alten Hänschens und die Verstocktheit und Lieblosigkeit des Königs Pharaon weinen.

Sie konnte sich nicht eingewöhnen, weder in die neue Gunkel, die doch ihr Stolz war, noch in ihren Taubenschlag, da sie beides allein genießen mußte. Im dicksten Regen wandelte ihr alter blauer Mantel, wenn es dümmerte, scheuen Schreitens wie ein Gelpens um die Stätte früherer Traulichkeit. Es war, als müßte das Häuslein seinen Banerer haben. Seit der Zeit die Stelle niedergelegt, verlor sie alle Annemarie ihre Vollgeheiterheit. Dabel wartete sie ihren alten grauen Kopf, nachträglich noch auszuwenden, wie alles hätte so ganz anders werden müssen, hätte die Heiterethei ihr nur gefolgt. Und wunderbarerweise tat sie das in den vornehmsten und verbündlichsten Nebenwendungen, die sie der Ballineffin und der Weberin abgelauscht. So hatte ja sie immer die Reizer gemacht, die eigentlich die Heiterethei hätte machen müssen, und jetzt war es, als könne sie noch rückwärtend alles gut machen, wenn sie die Artigkeit, durch deren Mangel die Heiterethei ihr Unglück verschuldet, nachträglich für sie erstre. Und so oft sie in ihrer Erinnerung auf den Grund des Papiers hinabtauchte, in welchem die Abschiedsbreuel

untergegangen war, schluchzte sie wiederum mit schmerzlichem Vorwurf: „Wenn sie nur was'gens hält' gesagt, ich wollt lieber, ihr bliebt! Aber die —! Nicht einmal den einzigen Reizer hat sie mir noch zulieb getan vor meinem End.“

Der Morgenwind aber, wie anders wurde er heut vom ganzen Städtchen begrüßt, als wenn er in der Zeit der Kornblüte zu Besuch kam! So angenehm hätte nicht die Milde des süßesten Westwinds geschienen, als das raue Wesen des alten trockenen Gesellen.

Denn rau und streng mußte er sein, um all das heruntergekommene Wollengefädel, das wochenlang mit frohen Wasserbüschen vom Abend hergekommen war, wieder dahin zurückzuführen. Unter seinem zornigen Schnauben raffte es sich zusammen aus seiner Bersahrsheit und stoh zurück nach seiner Heimat, dem alten Meer. Was davon zurückgeblieben war, als er sich zum Rinken legte nach der schweren Arbeit, das hing hoch wie schneeweiße Baumwollenroden am blauen Himmel. Da spannt es die Sonne ab in langen zarten Fäden mit roffiger Hand.

Wie war das nun ein ander Leben, als aus dem zerborstenen Leibe des Frau all die Farben wieder erstanden, die es verschlungen hatte! Wie Scharlachspinnchen auf grünem Pryler raantem auf den grünen Wiesen die roten Unterröde durcheinander, das wischele dunkle Sacken und Weinkleider wie schwarze Käferchen oder wie lebendig gewordene Tintenkleckse. Wie vorher der Regen vom Himmel zur Erde gefallen, so in tausend Strömen flieg' ist der Heubust von der Erde zum Himmel hinauf. Anstatt des grauen Regengeplätzers erlangen unerträglich die buntesten Vogelstimmen. So verlassen hatte noch nie der Weibstahl und die Bräde gestanden in der dumpfigen Stube, die Schere gehangen und die Säge am alten langweiligen Nagel. Wer Sense oder Rechen zu führen wußte, konnte schwingen ohne Holundertee. Kein Paar gesunder Arme blieb in dem Städtchen zurück.

